Film Sound & Media
Ausgabe Oktober 2013 / Seite 24-31 / 2. Oktober 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

11 zentrale Fragen an die Parteien (1/8)

filmbiz

11 zentrale Fragen an die Parteien

Noch vor der Nationalratswahl am 29. September beziehen die Parlamentsparteien Stellung zu zentralen Fragen der Film- und Musikwirtschaft. Film, Sound & Media bringt die wichtigsten Statements. Vollständige Antworten finden Sie unter www.filmandmusicaustria.at.

1 Sind Sie bereit, einen Betrag von mindestens 20 % des Gebührenaufkommens des ORF verbindlich im Rundfunkgesetz für die unabhängige österreichische Film- und TV-Produktion festzuschreiben?

SPÖ: Die Förderung der österreichischen Kultur und somit heimischer Produktionen ist Teil des öffentlich-rechtlichen Auftrags im ORF-Gesetz und stellt eine zentrale gesetzliche Vorgabe für das Unternehmen dar. Dieses Ziel muss daher von der Geschäftsführung auch weiterhin umgesetzt werden – selbstverständlich unter Wahrung der verfassungsgesetzlich verbürgten Unabhängigkeit.

ÖVP: Österreichische Produktionen sind ein unverzichtbarer Bestandteil des öffentlich-rechtlichen Auftrages des ORF, sie machen das Programm unverwechselbar. Grundsätzlich liegt die Budgethoheit-Verantwortung bei den Organen des ORF, also der Geschäftsführung und dem Stiftungsrat. Eine gesetzliche Bindung für Teile des Programmentgelts stellt einen massiven Eingriff in diese Budgetautonomie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks dar. Würde der ORF jedoch die Programmierung seiner TV-Sender zu Lasten der österreichischen Inhalte verstärken, wäre eine solche Maßnahme geboten.

FPÖ: Wir sehen das derzeitige Modell der Zwangsgebühren und die nun geplante Haushaltsabgabe insgesamt sehr kritisch, weil letztendlich die Zwangsverpflichtung von Menschen, die ein Angebot, das noch dazu nicht den im ORF Gesetz verankerten Qualitäts- und Neutralitätskriterien entspricht, unter Umständen gar nicht wahrnehmen wollen, unseren freiheitlichen Grundsätzen widerspricht. Im Rahmen der Förderung von Film- und TV-Produktionen muss also ein völlig neuer Weg unabhängig von der Gebührenpolitik beschritten werden, wobei klar ist, dass die Höhe der in diesem Zusammenhang zur Verfügung stehenden Mittel zumindest gleich bleiben muss.

GRÜNE: Die Förderung österreichischer Filme und TV-Produktionen ist den Grünen ein großes Anliegen und eine wichtige Legitimationsgrundlage für die ORF-Gebühren. Wir haben Generaldirektor Wrabetz auch öffentlich dafür kritisiert, dass ihm bei Einsparungen immer gleich die Filmwirtschaft einfällt, nicht aber teure Shows. Dennoch halten wir die Verankerung eines fixen Prozentsatzes im ORF-Gesetz für nicht umsetzbar. Wir sind aber dafür, den öffentlich-rechtlichen Programmauftrag gerade auch hinsichtlich der Förderung österreichischer Film- und TV-Produktionen deutlicher zu formulieren.

NEOS: Ja, aber genauso sollte man die Anteile, die sich die Länder für „Kulturförderung" (meist Blasmusik und Trachtenvereine) einbehalten, hinterfragen. Besser als das System ORF könnte aber auch eine senderunabhängige Filmförderagentur sein. Das gäbe den Produzenten die Chance, mit mehreren Sendern über die Rechte zu verhandeln und auch in Sachen Weltvertrieb ggf. bessere Partner zu finden als dies mit dem ORF mitunter möglich ist, der international v.a. die Interessen des ORF vertritt und nicht unbedingt der Filme, deren Rechte er auf Grund des exklusiven FIlm-Fernsehabkommens quasi automatisch, exklusiv und ohne Konkurrenzdruck erhält.

TEAM STRONACH: Wir sind für eine von der Finanzierung des ORF unabhängigen Förderung für Film- und TV-Produktionen, die nicht nur aus staatlichen Mitteln schöpft sondern auch verstärkt durch private Investoren und Mäzene gestützt wird. Eine Koppelung mit den von uns kritisierten „Zwangsgebühren" soll es nicht geben.

PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.

BZÖ: Ja, das BZÖ hat auch in der vergangenen Legislaturperiode entsprechende Anträge gestellt, die allerdings von der Bundesregierung abgelehnt wurden. Die Förderung einer unabhängigen Film- und TV-Produktion stellt im Übrigen auch die einzige Legitimation für einen staatlichen Rundfunk mit Zwangsgebühren dar. Eine Lösung kann nur über eine medienpolitische Auseinandersetzung, eine nachhaltige Finanzierungslösung für den ORF, aber gleichzeitig eine verbindliche Normierung der öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen für Kinofilm- und TV-Produzenten erfolgen.

2 Sind Sie für eine gesetzliche Absicherung des Film-Fernsehabkommens im Rundfunkgesetz und einem Mindestbudget von jedenfalls Euro 12 Mio.?

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe Oktober 2013 / Seite 24-31 / 2. Oktober 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

11 zentrale Fragen an die Parteien (2/8)

filmbiz

SPÖ: Das Budget des Abkommens wurde für die Jahre 2010 bis 2013 von zuvor sechs Millionen auf mittlerweile acht Millionen Euro angehoben. Dies stellt einen wichtigen Beitrag zur Finanzierung von Produktionen in Österreich dar. Der erfolgreiche Weg, der im Rahmen dieses Abkommens beschritten wurde, kann und soll aus unserer Sicht in dieser Weise fortgesetzt werden.

ÖVP: Im Zuge der ORF-Gesetzesnovelle im Jahre 2010 war es vor allem die ÖVP, die sich für eine gesetzliche Festschreibung des Film-Fernsehabkommens eingesetzt hat. Dazu bekennen wir uns selbstverständlich weiterhin. Hinsichtlich der Festschreibung eines Betrages ist wiederum auf die Budgethoheit zu verweisen, wobei uns Euro 12 Mio. durchaus als angemessen erscheinen. Als ebenso wichtig ist die weitere Verwertung von Kino- und Fernsehfilmen anzusehen.

FPÖ: Mit dem aus unserer Sicht notwendigen Fall von Zwangsgebühren ist -wie schon erwähnt - eine völlige Neuorientierung des Fördermodells notwendig, und zwar abseits des bestehenden Film-Fernsehabkommens. Wir wollen dazu jedenfalls auch steuerliche Anreize für private Investoren, sich an Filmproduktionen zu beteiligen, schaffen.

GRÜNE: Keine Antwort.

NEOS: In der Summe jedenfalls eher noch mehr. Österreichischer Film hat viel Potenzial, es sollte stärker in diese Branche investiert werden. Aber die exklusive Bindung an den ORF (v.a. unter derzeitigen Rahmenbedingungen) ist kritisch zu hinterfragen (siehe auch oben).

TEAM STRONACH: Wir sind für eine gesetzliche Regelung der Filmförderung, allerdings (siehe oben) ohne Junktimierung mit dem Rundfunkgesetz.

PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.

BZÖ: Ja, wie schon bei Frage 1. erläutert kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk diesbezüglich eine hohe Verantwortung zu. Jedenfalls wären die Mittel in diesem Bereich besser aufgehoben als bei den ORF-Eigenproduktionsflops der vergangenen Jahre.

Nachdem auch das Film-Fernseh-Abkommen bei den periodischen Finanzierungsschwierigkeiten des ORF stets in Diskussion der Streichung oder Kürzung befindet, muss die Verpflichtung des ORF, sich auch an der Produktion von österreichischen Kinoproduktionen zu beteiligen, mit einem Fixbetrag von zumindest Euro 12 Mio. im Rundfunkgesetz normiert werden.

3 Privatfernsehen und Rundfunk werden mit rund Euro 18 Mio. jährllich gefördert. Sind Sie bereit, auch diese Förderungen an einen verbindlichen gesetzlichen Anteil (20 %!) des Senderumsatzes für die unabhängige österreichische Film- und TV-Produktion zu binden?

SPÖ: Es ist zu begrüßen, wenn auch die privaten Fernseh- und Hörfunksender das Potential der österreichischen Kreativindustrie nutzen und heimischen Produktionen eine Plattform zu bieten. Die Förderung der österreichischen Kultur ist schon heute eine der zentralen Voraussetzungen für die Zuerkennung von Mitteln des Fonds, weshalb so auch der Mitteleinsatz für unabhängige österreichische Produktionen berücksichtigt wird. Eine darüber hinausgehende, per Gesetz zahlenmäßig vorgegebene Bindung der Marktteilnehmer scheint daher als nicht notwendig.

ÖVP: Der Fonds zur Förderung des privaten Rundfunks sieht bereits heute vor, dass die gewährten Mittel für vielfältiges und hochwertiges Programm, insbesondere als Beitrag zur Förderung der österreichischen Kultur eingesetzt werden dürfen. Dies wurde von der Europäischen Union auch so notifiziert. Private TV-Sender müssen daher bereits jetzt Auflagen im Sinne der österreichischen Produktionswirtschaft erfüllen. Eine gesetzliche Festschreibung einer Produktionsquote macht aus gemeinschaftsrechtlichen Gründen bzw. auf Grund der eingesetzten Fördermittel wenig Sinn.

FPÖ: Nein, wir möchten die Förderung des Österreichischen Films nicht von Zuwendungen an Privatfernsehen und Rundfunk abhängig machen sondern ein völlig neues und eigenständiges Fördermodell auf Schiene setzen, das, ohne den Blick auf wirtschaftliche Erfordernisse zu verlieren, auch die künstlerische Unabhängigkeit garantiert. Wir glauben daran, dass sich der österreichische und europäische Film gegenüber Mainstream-Produktionen behaupten kann. Nicht zuletzt auch deshalb, weil wir in Österreich und Europa mit wunderbaren, individuellen und Identitätsstiftenden Filmstoffen arbeiten können.

GRÜNE: Es ist den Grünen ein großes Anliegen, den Anteil österreichischer Film- und TV-Produktionen auch im Privatfernsehen zu erhöhen. Gesetzliche Verpflichtungen können jedoch nur die ultima ratio sein.

NEOS: Im Prinzip ja, aber wir würden gern eine Diskussion führen, was eine „österreichische Produktion" ist - und welche Ziele die Förderprogramme verfolgen (siehe oben).

TEAM STRONACH: Nein.

PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.

BZÖ: Ja, auch eine solche Verpflichtung ist für das BZÖ vorstellbar. An die Werbefenster der deutschen Privatsender fließen pro Jahr dreistellige Millionenbeträge ab. Gleichzeitig wird auch Privatfernsehen und -rundfunk aus den Mitteln der RTR gefördert. Im Hinblick auf die Förderung mit öffentlich-rechtlichen Mitteln ist analog zu D eutschland auch eine Verpflichtung gerechtfertigt, sich an der Finanzierung österreichischen Programms zu beteiligen.

4 Sind Sie bereit, dem außerordentlichen Erfolg des Fernsehfilmfonds Austria Rechnung zu tragen und dessen Budget auf Euro 20 Mio. anzuheben?

SPÖ: Tatsächlich darf im Zusammenhang mit dem

„Die Förderung österreichischer Filme und TV-Produktionen ist den Grünen ein großes Anliegen und eine wichtige Legitimationsgrundlage für die ORF-Gebühren."
GRÜNE

„Wir sind für eine von der Finanzierung des ORF unabhängigen Förderung für Film- und TV-Produktionen, die nicht nur aus staatlichen Mitteln schöpft sondern auch verstärkt durch private Investoren und Mäzene gestützt wird."
Team Stronach

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe Oktober 2013 / Seite 24-31 / 2. Oktober 2013 / Gesamtauflage: 6000
Verband der österreichischen Filmproduzenten

11 zentrale Fragen an die Parteien (3/8)

„Tatsächlich darf im Zusammenhang mit dem Fernsehfilmfonds von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden."
SPÖ

„Wir möchten die Förderung des Österreichischen Films nicht von Zuwendungen an Privatfernsehen und Rundfunk abhängig machen sondern ein völlig neues und eigenständiges Fördermodell auf Schiene setzen, das, ohne den Blick auf wirtschaftliche Erfordernisse zu verlieren, auch die künstlerische Unabhängigkeit garantiert."
FPÖ

Fernsehfilmfonds von einer Erfolgsgeschichte gesprochen werden. Hierbei ist auch zu bedenken, dass in der zu Ende gehenden Legislaturperiode die Ausstattung des Fonds mit einer Erhöhung auf 13,5 Mio. Euro fast verdoppelt wurde. Inwieweit hier weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden können, ist im Rahmen der Budgetverhandlungen zu klären.
ÖVP: Wie Ihnen wahrscheinlich bekannt ist war es die Österreichische Volkspartei, die diese überaus erfolgreiche Förderungsschiene etabliert hat. Insofern ist eine weitere Forcierung dieses Instruments natürlich vorstellbar. Eine finanzielle Erhöhung des Fördervolumens ist auf Grund der allgemeinen Budgetkonsolidierung schwer zu bewerkstelligen, ist jedoch im Rahmen der nächsten Budgetverhandlung zu diskutieren.
FPÖ: Das Budget für den Fernsehfilmfond wurde von 7,5 Millionen Euro auf 13,5 Millionen Euro erhöht. Wir streben derzeit keine weitere Erhöhung der Mittel an.
GRÜNE: Ja. Das Budget des Fernsehfonds Austria sollte deutlich angehoben werden; es erscheint nur konsequent, dass ein substanzieller Teil der ORF-Gebühren in die Produktion neuer Serien und Filme fließt.
NEOS: Ja.
TEAM STRONACH: Eine kontrollierte Anhebung unter der Prämisse des Erfolges ist möglich.
PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.
BZÖ: Ja, auch diese Überlegung ist interessant. Aus Sicht des BZÖ sollte es aber zu einer Zusammenführung dieser Töpfe kommen, um die Verwaltung zu vereinfachen und die notwendige Transparenz zu gewährleisten. Das gilt auch für die Fragen 5., 6. und 7.

5 Sind Sie bereit, das erfolgreiche Kinofilmförderungsprogramm FISA in der nächsten Legislaturperiode weiterzuführen und auf Euro 12 Mio. anzuheben?

SPÖ: Die Förderschiene FISA fällt als Standortsförderungsprogramm in den Verantwortungsbereich des BMWFJ. Angesichts des hohen Wirkungsgrades der in diesem Bereich investierten Förderungen ist es jedenfalls zu begrüßen, wenn das Ressort auch in Zukunft dieses Programm weiterführt und nach Möglichkeit ausbaut.
ÖVP: Bundesminister Mitterlehner hat erst Anfang August 2013 die Verlängerung dieser Initiative bis 2014 mit einem Budget in Höhe von wiederum 7,5 Mio Euro bekanntgegeben. Seit dem Start des Filmfördermodells wurden damit 79 Produktionen mit Förderungen von insgesamt 21,9 Mio Euro unterstützt. Damit wurden Projekte mit einem Investitionsvolumen von rund 173,7 Mio Euro ermöglicht. Eine Bilanz, die sich durchaus sehen lassen kann. Unser Bestreben ist, die Wettbewerbsfähigkeit unserer international renommierten Filmwirtschaft weiter zu stärken und den Filmstandort Österreich noch attraktiver zu machen. Um für die Filmwirtschaft mehr Planungssicherheit gewährleisten zu können, werden wir uns um die gesetzliche Verankerung des Fördermodells „Filmstandort Austria" (FISA) bemühen. Ein eindeutiges Bekenntnis zu diesem Förderinstrument findet sich auch im Wahlprogramm der Österreichischen Volkspartei.
FPÖ: Wir sind dafür, das Kinofilmförderungsprogramm fortzusetzen, erachten das vorhandene Budget jedoch als ausreichend.
GRÜNE: Ja. FISA hat sich als ökonomischer Multiplikator bewährt. Insofern sollten im Budget des Wirtschaftsministeriums weitere Mittel bereitgestellt werden.
NEOS: Ja.
TEAM STRONACH: Unter den von Ihnen geschilderten Evaluierungen und Multiplikatoren möglich.
PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.
BZÖ: Das Modell FISA wurde nun mit einem Jahresbudget von Euro 7,5 Mio. bis 2014 verlängert und ist inzwischen als Spitzenfinanzierung ein wichtiger Finanzierungsbestandteil geworden. Die positive Evaluierung 2012 bestätigt dies auch die ökonomischen Multiplikatoreffekte.

6 Sind Sie bereit, einen Bildungsfilmfonds zu schaffen mit einem Jahresbudget von jedenfalls Euro 3 Mio. zu schaffen?

SPÖ: Aktuell werden Produktionen für den Einsatz im Unterricht mit rund 1 Mio. Euro vom Bund gefördert. Dazu gehört das Bildungsmedien-Abkommen zwischen dem ORF und dem BMUKK, das regelt, dass Produktionen für den Unterricht adaptiert und mit pädagogischem Material versehen werden. Zudem werden freie Filmproduktionen unterstützt, die visuelles Unterrichtsmaterial im technischen bzw. naturwissenschaftlichen Bereich erstellen.
ÖVP: Medienkompetenz und Medienerziehung sind wichtige Schwerpunkte des Unterrichtsministeriums. Es ist daher die Aufgabe verantwortungsvoller Bildungspolitik, die für einen modernen, und attraktiven Unterricht nötigen audiovisuellen Medien zur Verfügung zu stellen. Dies kann zum Beispiel auch in Form von PPP-Modellen über private Sponsoren erreicht werden. Eine entsprechende Maßnahme könnte durch das Unterrichtsministerium umgesetzt werden.
FPÖ: Wir sind nicht dafür, einen weiteren Filmfonds ins Leben zu rufen. Wir wollen den Bereich der Förderung der Film, Kino, Video- und Medienkunst auf völlig neue Beine stellen, wobei auch Bildungsfilme Berücksichtigung finden sollen.
GRÜNE: Ja. Es ist bedauerlich, dass diese Idee von einem Kulturministerium, dessen Schwerpunkt nach eigenen Angaben auf dem Bereich „kulturelle Bildung" liegt, nicht schon längst umgesetzt wurde.
NEOS: Bildungsfilmfonds ist eine gute Idee. Hier müssen aber die Zieldefinitionen und die Strukturen sehr sorgfältig diskutiert werden. Wenn dabei etwas herauskommt, wie „Dancing-Stars als Schulfilm" er-

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe Oktober 2013 / Seite 24-31 / 2. Oktober 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

11 zentrale Fragen an die Parteien (4/8)

filmbiz

weist man dem Land und der Branche keinen guten Dienst. Voraussetzung ist ein demokratischer, klar definierter Bildungsauftrag, thematische Breite, transparente Strukturen und - in Form und Struktur - klare Innovationsorientierung.
TEAM STRONACH: Ja, aber nur dann, wenn der Bildungsfilmfonds parteiunabhängig agieren kann.
PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.
BZÖ: Die, für einen attraktiven Unterricht nötigen audiovisuellen Medien, sind mit derzeit verfügbaren Mitteln nicht realisierbar. Gerade standort- und arbeitsmarktrelevante Bildungsinhalte (Naturwissenschaften, Wirtschaft, Technik, Berufs- und Studienorientierung) fehlen. Das Konzept eines Unterrichtsfilmfonds in Form eines lastenteiligen PPP-Modells mit einer Gesamtdotierung von Euro 3 Mio. p.a., liegt umsetzungsbereit vor.

7 Sind Sie bereit, Fördermaßnahmen zur Entwicklung innovativer audiovisueller Onlineformate und -Distributionsformen zu setzen?

SPÖ: Der Bedeutung und Innovationskraft der neuen Medien ist im Rahmen der Wirtschaftsförderung jedenfalls Rechnung zu tragen. Zum größten Teil fällt diese in den Zuständigkeitsbereich des Wirtschaftsministeriums. Hier sollte in Zukunft verstärkt auf das Potential und die Bedürfnisse der Kreativwirtschaft und des IKT-Bereichs Bedacht genommen werden. Auch die Schaffung zukunftstauglicher Distributionsformen ist von großer Bedeutung und wird daher jedenfalls Unterstützung finden.
ÖVP: Wir bekennen uns zu einem weiteren Ausbau der Unterstützung für Innovationen der Kreativwirtschaft, dies beinhaltet auch den Online-Bereich, die sich in den letzten Jahren zu einem bedeutenden Erfolgsfaktor für den Wirtschaftsstandort Österreich entwickelt hat. Uns erscheint in diesem Zusammenhang wichtig, bereits bestehende Förderinitiativen wie z.B. „evolve" zu intensivieren und ihre Förderung und Entwicklung auch in Zukunft zu forcieren.
FPÖ: Auch hier verweisen wir auf die Notwendigkeit eines neuen Fördermodells. Die Umsetzung immer neuer Förderschienen, neuer Vergabebeiräte und neuer Abhängigkeiten ist nicht das Ziel unserer Kulturpolitik. Wir sind davon überzeugt, dass es für junge Schaffende wirksame Starthilfen geben muss, in weiterer Folge aber auch die Wirtschaftlichkeit des gesamten kreativen Handelns im weiteren Verlauf über Erfolg oder Misserfolg entscheidet. Wer sein Leben lang von Förderungen abhängig ist, ist bei den Menschen nicht angekommen und kann auch seine Botschaft nicht vermitteln. Da ist der Hinweis auf den besonderen künstlerischen Anspruch und das fehlende Sensorium des Publikums ein Offenbarungseid des Versagens.
GRÜNE: Ja, wobei in dieser Frage Kultur- und Wirtschaftsministerium sowohl konzeptuell als auch budgetär eng zusammenarbeiten sollten.
NEOS: Ja, die Förderprogramme müssen sich weiterentwickeln und dafür Sorge tragen, dass guter Content für das aktuelle Mediennutzungsverhalten produziert wird, teilweise dieses sogar (mit) weiterentwickelt wird. So kann sicher gestellt werden, dass die Branche auch in Zukunft künstlerisch und wirtschaftlich erfolgreich bleiben kann.
TEAM STRONACH: Ja, weil in diesen Formaten auch die Zukunft dieser Kulturform liegt.
PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.
BZÖ: Geeignete Fördermaßnahmen zur Entwicklung innovativer Formate z.B. für den Onlineeinsatz von Image-, Werbe- und Bildungsfilmen würden der heimischen Kreativwirtschaft wichtige zusätzliche Impulse verleihen. Zudem gilt es, neue Formen zur Online-Verbreitung österreichischer audiovisueller Inhalte zu entwickeln und damit neue Chancen für Wertschöpfung zu schaffen.

8 Sind Sie bereit, Produktion, Vermarktung und den Vertrieb (Export) zeitgenössischer Musik durch Schaffung eines Musikförderungsgesetzes mit einem Fördervolumen von Euro 5 Mio. zu stärken?

SPÖ: Der Österreichische Musikfonds ist ein etabliertes Instrument zur Förderung professioneller österreichischer Musikproduktionen. Klar ist, dass weitere Anstrengungen zur Stärkung des Musikstandorts Österreich vonnöten sind, damit die heimische Musikszene ihren Stellenwert behaupten und ausbauen kann. Ob es hierfür ein eigenes Gesetz braucht, ist auch vor dem Hintergrund der Vermeidung unnötiger Bürokratisierungsprozesse zu diskutieren. Den Ausbau bewährter Instrumente streben wir jedenfalls an.
ÖVP: Österreich muss als Standort für zeitgenössisches Musikschaffen gestärkt werden. Darüber hinaus sind alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, Österreich auch in Zukunft als Musik(export)land zu positionieren. Die Einführung eines „Musikförderungsgesetzes" könnte eine solche Maßnahme sein, wenngleich dies nicht unbedingt Garant für eine Stärkung zeitgenössischer österreichischer Musik sein muss. Der österreichische Musikfonds hat sich aus unserer Sicht jedenfalls bewährt und darauf sollte aufgebaut werden. Eine weitere Zielsetzung muss sein, die Verwertung und Verbreitung österreichischer Musikproduktionen zu steigern.
FPÖ: Kein weiteres Gesetz und keine weitere Förderschiene als alter Wein in jungen Schläuchen. Das Musikland Österreich muss andere Ansätze finden. Ein großer Teil der Musikgeschichte hat österreichischen Hintergrund. Musik ist eine der großen identitätsstiftenden kulturellen Säulen Österreichs. Von den Musikschulen hängt die Zukunft des Musiklandes Österreich ab.
GRÜNE: Ja. Die Grünen haben sich bereits in der ablaufenden Legislaturperiode vehement für ein

„Angesichts des rasanten Technologiewandels treten wir für eine Modernisierung des Urheberrechts ein, das einerseits die notwendige Rechtssicherheit für die Produzenten kreativer Inhalte und andererseits einen fairen Interessenausgleich zwischen den Nutzern und den Herstellern von geistigem Eigentum schaffen soll."
ÖVP

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe Oktober 2013 / Seite 24-31 / 2. Oktober 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

11 zentrale Fragen an die Parteien (5/8)

Musikförderungsgesetz und eine Erhöhung des Fördervolumens für zeitgenössische österreichische Musik ausgesprochen und auch einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht (1121/A(E)), dem die Parlamentsmehrheit leider nicht folgen wollte, weshalb der Antrag auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

NEOS: Ja.

TEAM STRONACH: Ja, aber nur dann, wenn dadurch ausschließlich heimische Produktionen gefördert werden.

PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.

BZÖ: Ja, es wird aber auch notwendig sein die Rolle des ORF bei der Vermarktung der Teilnehmer an den diversen Talentewettbewerben genauer unter die Lupe zu nehmen.

Zeitgenössische österreichische Musik ist innovativ und erfolgreich wie eh und je und definiert den Genrestandard Austropop immer wieder neu. Die Förderung für die zeitgenössische E-und U-Musik genügt den neuen Herausforderungen nur unzureichend. Das PPP-Modell des Österreichischen Musikfonds ist ein internationales Vorzeigemodell; konsequent braucht die Musikwirtschaft jedoch ein Musikförderungsgesetz in Analogie zum Filmförderungsgesetz mit einem Fördervolumen von Euro 5 Mio., um die notwendigen Impulse in Richtung Produktion, Vermarktung, Vertrieb, Musikausbildung und Export setzen zu können.

„Zeitgenössische österreichische Musik ist innovativ und erfolgreich wie eh und je und definiert den Genrestandard Austropop immer wieder neu. Die Förderung für die zeitgenössische E-und U-Musik genügt den neuen Herausforderungen nur unzureichend."
BZÖ

9 Sind Sie bereit, der Selbstverpflichtung des ORF zur angemessenen Berücksichtigung österreichischer Musik zur Durchsetzung zu helfen oder - im Fall der Nichterfüllung - einen gesetzlich verpflichtenden Anteil österreichischer Musik in den Rundfunkprogrammen des ORF festzulegen?

SPÖ: Die Ausstrahlung österreichischer Musikproduktionen liegt schon aufgrund der Hörer- und Seherwünsche eindeutig im Interesse des ORF – was sich auch in der Programmgestaltung der Landesstudios manifestiert. Die Selbstverpflichtung des ORF bzw. die mit den Musikschaffenden vereinbarte Musikcharta verdeutlichen dies und sind wichtige Instrumente, die Bedeutung und Präsenz österreichischer Musik weiter zu verstärken. Insofern dieser Weg weiter beschritten wird, scheint eine über den bestehenden gesetzlichen Auftrag hinausgehende gesetzliche Bindung nicht notwendig.

ÖVP: Aus unserer Sicht ist zunächst das Konzept einer freiwilligen Selbstverpflichtung zu verfolgen. Falls in diesem Zusammenhang kein befriedigendes Ergebnis im Interesse der österreichischen Musikwirtschaft erzielt sein sollte, ist über gesetzliche Maßnahmen nachzudenken.

FPÖ: Neben der Kündigung des Rahmenvertrages mit der Wiener Staatsoper, der die Übertragung von Opernaufführungen geregelt hat, streicht der ORF immer häufiger auch Übertragungen diverser Theaterstücke von Österreichs Bühnen. Die Einführung des Spartensenders ORF III hat zwar ein interessantes Angebot geschaffen, dies kann aber nicht eine angemessene Berücksichtigung kulturell hochstehender Angebote in den Massensendern ORF 1 und II ersetzen. Diese Vernachlässigung des gesetzlich vorgeschriebenen Kulturauftrages ist nicht mehr zu akzeptieren.

GRÜNE: Die Grünen werden alles dafür tun, damit der ORF seine Selbstverpflichtung zur Ausstrahlung österreichischer Musik ernst nimmt, halten aber eine gesetzliche Verpflichtung nicht für den geeigneten Weg, dieses Ziel zu erreichen.

NEOS: Wie oben. Aber warum immer nur der ORF? Es könnte der sog. Bildungsauftrag auch senderunabhängig formuliert werden. Vorbild EU-Förderungen - es gibt Calls und grundsätzlich sind (entsprechend bestimmter Kriterien) alle berechtigt, Vorschläge einzureichen. Eine solche Vorgangsweise ist (nicht von heute auf morgen, aber langfristig) auch bei diesem Thema denkbar und würde wahrscheinlich bessere Erfolge bringen als das derzeitige, eingefahrene System.

TEAM STRONACH: Im Prinzip ja. Die Selbstverpflichtung muss erfüllt werden, allerdings nicht über eine gesetzliche Regelung sondern über Freiwilligkeit.

PIRATENPARTEI: Wir haben zu den meisten Ihrer Forderungen leider noch keine Programmbeschlüsse gefasst.

BZÖ: Natürlich, das BZÖ hat diesbezüglich auch mehrere Anträge eingebracht. Es wäre hoch an der Zeit, dass der ORF dieser Selbstverpflichtung nachkommt. Sollte dies nicht der Fall sein, so könnte sich das BZÖ auch entsprechende gesetzliche Regelungen vorstellen.

10 Befürworten Sie die Einführung einer Speichermedienvergütung als Vergütung für die Privatkopie auch für digitale Speichermedien?

SPÖ: Es ist klar, dass es einen gerechten Ausgleich zwischen den Interessen der Konsumenten und jenen der Kulturschaffenden geben muss, der dem modernen Medienverhalten Rechnung trägt. Ein Pauschalvergütungssystem für Urheberinnen und Urheber kann in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle spielen, wobei jedenfalls auf eine nachhaltige, von kurzfristigen technischen Entwicklungen unabhängige Lösung zu achten ist.

ÖVP: Angesichts des rasanten Technologiewandels treten wir für eine Modernisierung des Urheberrechts ein, das einerseits die notwendige Rechtssicherheit für die Produzenten kreativer Inhalte und andererseits einen fairen Interessenausgleich zwischen den Nutzern und den Herstellern von geistigem Eigentum schaffen soll. Dies muss möglichst rasch in der neuen Legislaturperiode angegangen

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe Oktober 2013 / Seite 24-31 / 2. Oktober 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

11 zentrale Fragen an die Parteien (6/8)

filmbiz

und eine zufriedenstellende Lösung, was digitale Speichermedien betrifft, für alle Beteiligten gefunden werden.

FPÖ: Je enger die Bindung an ein bestimmtes Medium, um so härter werden Künstler vom technischenWandel betroffen. Die heutige Vielfalt an Medien bietet Chancen und Risiken gleichermaßen. Die Festplattenabgabe stellt aber jeden Nutzer eines Speichermediums unter Generalverdacht der Urheberrechtsverletzung, bedeutet gleichzeitig aber kein Recht auf irgendeine Nutzung geschützter Inhalte und ist damit eine moralisch und rechtlich prinzipiell bedenkliche Konstruktion. Sie ist daher für uns nicht die richtige Antwort auf Probleme der Durchsetzung von Urheberrechten (und auch nicht das Auslaufen der Einnahmen aus der Leerkassettenabgabe).

GRÜNE: Die Einführung einer Erweiterung der Leerkassettenvergütung auf weitere digitale Speichermedien greift aus Sicht der Grünen zu kurz, weil Festplatten und artverwandte Geräte immer stärker an Bedeutung verlieren. Der Medienkonsum der Zukunft wird durch den Stream, nicht durch den Download geprägt sein. Um dennoch eine gerechte Vergütung der UrheberInnen zu erreichen, schlagen die Grünen die Einführung einer Pauschalabgabe auf Online-Content vor.

NEOS: Ist denkbar. Aber zugleich sollen Micropayment-Modelle weiter entwickelt werden. Einem publikumsfinanzierten System ist jedenfalls einem Abgabensystem den Vorzug zu geben.

TEAM STRONACH: Nein. Das Internet ist frei und Produzenten wie Künstler müssen sich in Zukunft über andere Verbreitungsmöglichkeiten finanzieren.

PIRATENPARTEI: Wir sind gegen die Einführung einer Speichermedienvergütung – eine Ausweitung der Pauschalabgaben ohne grundsätzliche Reform des Urheber- und Verwertungsrechts löst keine der bestehenden Probleme und hilft auch den Urhebern nicht wesentlich weiter.

BZÖ: Aus Sicht des BZÖ greift eine Leerkassettenabgabe, bzw. eine Ausdehnung auf digitale Speichermedien zu kurz. Eine Novelle des Urheberrechts wäre der adäquatere Weg, leider ist das in dieser Legislaturperiode nicht mehr gelungen.

Die Speichermedienvergütung, eine Erweiterung der bestehenden Leerkassettenabgabe (§ 42b UrhG), ist ausschließlich eine Anpassung an die aktuellen technologischen Gegebenheiten und dient der Vergütung der Ansprüche von Urhebern und Leistungsschutzberechtigten für die Privatkopie bei jenen technischen Medien, auf denen in der digitalen Welt audiovisueller- und Musikcontent gespeichert werden.

11 Sind Sie bereit, zur Bekämpfung der Filmpiraterie effiziente Maßnahmen zur Durchsetzung von Urheberansprüchen zu schaffen?

SPÖ: Die Verfolgung von Urheberrechtsverletzungen stellt eine Herausforderung über die Grenzen Österreichs hinweg dar. Gerade in Hinblick auf diese Internationalität ist jedoch klarzustellen, dass dies nicht zu einer Aushöhlung des Datenschutzes führen darf.

FPÖ: Das Urheberrecht muss den Vorgaben des digitalen Zeitalters folgen, Künstler dürfen dabei nicht auf der Strecke bleiben. Daher ist die FPÖ für eine Modernisierung des Urheberrechts im Sinne des Schutzes von geistigem Eigentum bei digitaler Verwertung. Entscheidend ist dabei, dass der urheberrechtliche Schutz dem jeweiligen Schöpfer direkt und nicht nur großen Verwertern zugute kommt. Wir sind jedoch nachdrücklich gegen eine „patentrechtliche Aufwertung" von digitalem Eigentum. Das soll bedeuten, dass Verletzungen entsprechender Rechtspositionen weiterhin nach Urheberrecht, nicht jedoch – verschärft – nach Patentrecht einzuklagen wären.

GRÜNE: Eine Umsetzung des Grünen Urheberrechtsprogramms würde unseres Erachtens weitere Maßnahmen zur Bekämpfung gewerblicher Filmpiraterie obsolet machen, da dieser Form der Kriminalität jeglicher ökonomische Anreiz entzogen würde.

NEOS: Urheberrecht ist nach europäischer Rechtsauffassung nicht handelbar, das ist gut und muss auch entsprechend durchgesetzt werden können.

TEAM STRONACH: Ja.

PIRATENPARTEI: Wir sind strikt gegen „effiziente Maßnahmen zur Durchsetzung von Urheberansprüchen". Unter diesen Schlagworten wird seit Jahren nur der Ausbau der Überwachungs- und Spitzelinfrastruktur gefördert und das freie Internet einzuschränken versucht. Dies widerspricht grundlegenden Bürger- und Freiheitsrechten. Die Lösung der Problematik muss auf anderem Wege erfolgen und ohne Überwachung, DRM und dergleichen auskommen. Hier sind neben der Politik auch die Vertriebsfirmen selbst gefordert, sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einzustellen und nicht an veralteten Geschäftskonzepten festhalten zu wollen.

BZÖ: Die Frage eines modernen, den Anforderungen des Internetzeitalters entsprechenden Urheberrechts ist längst überfällig. Ein solches Urheberrecht kann unseres Erachtens sinnvoller Weise nur auf EU-Ebene geschaffen werden, wir sind aber gerne bereit dabei mitzuarbeiten.

Im österreichischen Urheberrecht ist das EU-rechtlich verbindliche Instrumentarium (Infosoc-RL, Enforcement-RL) zur Bekämpfung gewerblich agierender Film- und Musikpiraten nicht anwendbar umgesetzt. Insbesondere Massnahmen gegen den massenhaften gewerblichen Diebstahl und das Uploading von Musik- und Filmdaten müssen im Interesse der Rechtssicherheit und des Aufbaues legaler Online-Plattformen mit einem Gerichtsverfahren unter Richtervorbehalt durchsetzbar sein. Die notwendigen Auskunftsansprüche - auch gegen Provider - bringen Rechtssicherheit für Contentwirtschaft und Telekomindustrie.

„Urheberrecht ist nach europäischer Rechtsauffassung nicht handelbar, das ist gut und muss auch entsprechend durchgesetzt werden können."
NEOS

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

Film Sound & Media
Ausgabe Oktober 2013 / Seite 24-31 / 2. Oktober 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

11 zentrale Fragen an die Parteien (7/8)

filmbiz

Kommentare aus der Branche

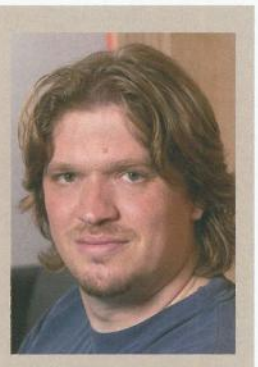
Helmut Grasser

Präsident Film Austria

Positiv zu vermerken ist, dass alle Parteien geantwortet haben. Insofern scheint der Stellenwert der Film und Musikwirtschaft in den letzten Jahren bei den politischen Parteien an Wichtigkeit gewonnen zu haben.
Als einzige Partei ist die KPÖ uneingeschränkt dafür sowohl das Film/Fernsehabkommen, als auch die Produktion heimischer Film und TV-Programme im Rundfunkgesetz zu verankern.
Die ÖVP sieht wenigstens gesetzlichen Handlungsbedarf, sollte der ORF weiter zu Lasten österreichischer Inhalte einsparen.
Die SPÖ- immerhin stellt sie die Kulturministerin und den Medienstaatssekretär – gibt eine Nichtantwort und verwechselt das Österreichische Filminstitut mit einem Filmförderungsfonds im BMUKK. Nach dem Motto:„Wir werden kein Gesetz brauchen, unser Generaldirektor Alexander Wrabetz wird's schon machen".
Die Grünen wissen noch immer nicht, dass österreichische Filme und Serien zu den beliebtesten im ORF gehören. Einen fixen Prozentsatz für die heimische Produktion können sie sich nicht vorstellen. Bei der gesetzlichen Absicherung des Film/Fernsehabkommens geben sie erst gar keine Antwort.
Für FISA und die Anhebung des Budgets des Fernsehfonds Austria sind mehr oder weniger alle, wenigstens etwas.
Die Piraten sind unfreiwillig komisch, sie können 9 von 11 Fragen nicht beantworten, weil sie noch keine„Programmbeschlüsse" gefasst haben.
Nur bei den Fragen zum Urheberrecht sind sie selbstverständlich für das„Menschenrecht auf sanktionslosen Diebstahl".
Gesamt gesehen beweisen die Antworten der ÖVP die größte Sachkenntnis, die Antworten der SPÖ sind von erschreckender Ahnungs und Mutlosigkeit.
Die FPÖ will den ORF zerschlagen, auch nicht das, was die Filmbranche wollen kann.
Die Grünen sind zwar für die Förderungen, allerdings sind sie sonst erstaunlich mut- und ideenlos.
Die KPÖ weiß wenigstens, dass der öffentlich-rechtliche Auftrag auch klare Verpflichtungen braucht.
Die neuen Parteien (Neos und Stronach) haben wenigstens teilweise originelle Ideen. Neos rät zu einer Filmförderungsagentur (was soll das bitte sein?) und Team Stronach gebiert die Idee der Filmfinanzierung via Mäzenatentum- kein Scherz.

Georg Tomandl

Obmann-StV.FAMA/Obmann Musikfonds/Sunshine Mastering



Eine Selbstverpflichtung des ORF, heimisches Repertoire eine entsprechende Bühne zu geben, ist die Basis für ein echtes Miteinander. Im gemeinsamen Dialog an Sendekonzepten zu arbeiten, wäre dann ein weiterer Schritt in die richtige Richtung.
Leider sind beide Ziele der Charta, die seit einigen Jahren nur mühsam vom Fleck kommt, nur teilweise, bzw gar nicht erfüllt worden. Darüber kann die Mitgliedschaft beim österreichischen Musikfonds, die ja nun rechtzeit vor 2014 seitens des ORF aufgekündigt wurde, nicht hinwegtäuschen. Nun sind die Parteien gefragt, sich für heimisches Musikschaffen einzusetzen - dazu gehört aber kulturpolitischer Mut.
Die SKE Fonds leiden seit Jahren unter drastischen Einnahmenverlusten.
Sinn dieser Abgabe ist es ja, einen finanziellen Ausgleiche für die private Kopie von Content zu schaffen. Dass gerade im digitalen Zeitalter, das ja von Kopierwut gekennzeichnet ist, diese Abgabe zurückgefahren wird, indem neue Speichermedien wie Festplatten und Smartphones als Speichermedien für Musik, Film uvm nicht anerkannt werden, ist geradezu ein - wenn auch trauriger - Witz. Und dass damit ua auch die wichtigsten strukturellen Massnahmen wie die Förderung von Musikproduktion, Vermarktung und Export damit massiv gefährdet sind, sollte der Politik langsam bewusst werden, bevor es zu spät ist.

Manfred Studnitzka

Obmann der Berufsgruppe Wirtschaftsfilm (FAMA) und AAFP Vorstandsmitglied *

Erfreulich ist, dass die wahlwerbenden Parteien überwiegend die Bedeutung des Bildungsfilmes im Kontext eines heutigen Unterrichts erkennen und geeignete Fördermaßnahmen als notwendig erachten. Den Umsetzungsprozess werden wir mit all unserer Kompetenz gern begleiten.
Die Notwendigkeit Formatentwicklung und die Errichtung von Distributionsschienen zu fördern, ist bei weitem überwiegend als ein essenzielles Zukunfts- und Standortthema erkannt und als Vorhaben definiert. Das ist erfreulich und auch in diesem Bereich werden wir unser Knowhow einbringen.
Dass es sich bei den Antworten nicht um leichtfertige Wahlversprechen handelt, zeigt die Ernsthaftigkeit, mit der man sich unseren Zukunftsfragen widmet. Nach dem 29. September werden wir unsrerseits alles tun, um greifbare Maßnahmen daraus werden zu lassen.

* Ausschließlich zur Beantwortung der Fragen 6 /7

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet

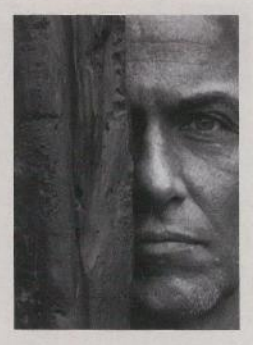
Film Sound & Media
Ausgabe Oktober 2013 / Seite 24-31 / 2. Oktober 2013 / Gesamtauflage: 6000

Verband der österreichischen Filmproduzenten

11 zentrale Fragen an die Parteien (8/8)

Werner Müller

Geschäftsführer Fachverband der Film- und Musikindustrie



11 Fragen - 11 Antworten
Perspektiven oder deren Fehlen vor der Wahl!

Anlässlich der letzten NR-Wahl hat der Fachverband der Film- und Musikindustrie die zur NR-Wahl antretenden Parteien um ihre Positionen befragt und einige der Antworten haben letztlich auch ins Regierungsprogramm Eingang gefunden. Manches wurde sogar umgesetzt, wie 2012 spät aber doch die Anhebung des ÖFI-Budgets auf 20 Mio. Euro und des RTR Fernsehfilmabkommenbudgets 13,5 Mio. Euro und die Schaffung der Filmförderung FISA im Wirtschaftsministerium. Eigentlich ein ganz guter Output!

Die nun Ende August ausgesandten 11(!) Fragen der Film- und Musikwirtschaft zeigen, dass es von einigen zur NR-Wahl antretenden Parteien immerhin grundsätzliche Positionierungen zu den Fragestellungen gibt; andere Antworten zeigen leider einen bedauernswerten Mangel an wahlweise Fachwissen, kulturellem Verantwortungsbewusstsein oder Richtungslosigkeit. Gar manch Belangloses ist da zu hören – durchaus von allen Seiten. Wenig verwunderlich daher, dass in den jüngsten Fernsehkonfrontationen das Wort Kultur kein einziges Mal vorkam. Nebenschauplatz offenbar ;-/

Ein klares Bekenntnis zur Schwarmintelligenz im Internet geben die Piraten mit ihrer wiederkehrenden Antwort ab, dass zu den meisten Fragen keine „Programmbeschlüsse gefasst wurden". In jenem Kapitel, das in der jüngeren Vergangenheit auch zur meisten medialen Diskussion gesorgt hat, nämlich die Verpflichtung des ORF zur Investition in österreichische Programminhalte, gibt es naturgemäß auch die heftigsten inhaltlichen Divergenzen. Die ÖVP sieht gesetzliche Handlungsnotwendigkeit, wo der ORF „zu Lasten österreichischer Inhalte" einspart, während die SPÖ zwar Kulturministerin und Medienstaatssekretär stellt, sich aber inhaltlich nicht zu konkreten Maßnahmen bekennen will.

NEOS und Team Stronach teilen sich teils originelle Vorstellungen, z.B. die Einführung einer Filmförderungsagentur der NEOS (gibt es so etwas nicht schon in Österreich?) bis zur Stronach-typischen Filmfinanzierung via Mäzenatentum.

Beim Thema Film-/Fernsehabkommen sind sich aber alle – mit Ausnahme der GRÜNEN (?) und Team Stronach - grundsätzlich über die Notwendigkeit einig; die FPÖ greift sogar mit zusätzlichen „steuerlichen Anreizen für private Investoren" eine langjährige Förderung der FilmproduzentInnen wieder auf.

FISA, die relativ neue Förderung im Wirtschaftsministerium, wird grundsätzlich durchgehend positiv gesehen. Bemerkenswert ist, dass sich die ÖVP nun auch für eine gesetzliche Normierung dieser Förderung stark macht. Das sollte nach der Wahl wohl nicht vergessen werden.

Zur Förderung des Musikstandorts bekennen sich im wesentlichen Grundsatz alle Parteien, wobei das Bukett an Vorschlägen groß ist: Zum Musikförderungsgesetz bekennen sich – immerhin unter Hinweis auf einen bereits eingebrachten Entschließungsantrag – voll die GRÜNEN, mit Einschränkung die ÖVP und interessanterweise, wenn auch ohne großen Kommentar, NEOS und Team Stronach, während die FPÖ zu diesem Thema ebenso wie zur Frage der ORF-Quotenverpflichtung für österreichische Musik eher die klassische österreichische Musiktradition der Oper betont!

Bei der Berücksichtigung österreichischer Musik in den ORF-Radios ist Verständnis für die Situation wohl allenthalben gegeben. Gesetzlich verpflichtende Anteile österreichischer Musik scheinen aber doch noch bei vielen Parteien Abwehrreaktionen hervorzurufen. Immerhin – wenn die von allen grundsätzlich positiv bewertete Sendeverpflichtung des ORF nicht klappt, scheinen auch andere (obligatorische?) Wege möglich zu sein. Nachdem Letzteres bei den aktuellen Ö-Quoten in den ORF-Radios wohl statistisch leicht verifizierbar sein wird, wird man über diesen Punkt wohl noch weiter diskutieren müssen. Immerhin sind einige bereit, über gesetzliche Maßnahmen „nachzudenken".

Streitpunkt der Weltanschauungen bleibt erwartetermaßen das Urheberrecht, wo sich auch die Piraten in die Diskussion zurück melden und Film- und Musikwirtschaft im Wesentlichen auffordern, nicht an veralteten Geschäftskonzepten festzuhalten und gefälligst das freie Internet nicht zu behindern. Und das in einer Periode, wo das Netz und seine angebliche „Neutralität" gerade von weit größeren Gegnern bedroht wird. Absurd!

Bei Speicherabgaben scheiden sich wie erwartet die Geister, ebenso wie bei der Rechtsdurchsetzung, wo sich ÖVP und FPÖ als Fürsprecher des Urheberrechts stark machen, die GRÜNEN ihre bereits mehrfach als Lösung in die Diskussion gestellte Content Flatrate ins Spiel bringen und die NEOS statt Speicherabgaben oder kollektiver Vergütung auf Mikropayment verweisen - eine Lösung, die die zu erwartenden Erträge der UrheberInnen und Leistungsschutzberechtigten ja schon im Namen trägt. Letzteres spricht noch (verzeihbar!) für wenig Sachkenntnis.

Alles in allem ein ziemlich „durchwachsenes" Ergebnis und nicht der erhoffte Stellenwert von Kultur in Film- und Musikpolitik. Dass die Neuparteien hier noch inhaltlicher Nachhilfe bedürfen, ist wenig überraschend; das Statement der „Großparteien" zeigt aber auch wenig konkrete Perspektiven. Im Hinblick auf die vergangenen kulturpolitischen Verdienste unverständlich. Im Hinblick auf die großen kommenden Herausforderungen für unsere Branche ein Wahlsignal?

Werner Müller, Geschäftsführer Fachverband der Film- und Musikindustrie

Hannes Tschürtz

ink music / Vorsitzender Exportbeirat des Österreichischen Musikfonds

Die österreichische Musikwirtschaft versucht seit Jahren aus einem Teufelskreis auszubrechen: Politik und Medien anerkennen im Unterschied zur internationalen Fachwelt (Stichwort Eurosonic-Focus 2014) die Vielfalt und Qualität nicht, Wahrnehmung und Bewusstsein für Probleme aber auch Potenziale der Branche sind dementsprechend gering. Es bleibt zu hoffen, dass bald die Erkenntnis einkehrt, wieviel Luft nach oben im Bereich Musikwirtschaft in wirtschaftliches und geistiges Kapital für das Land verwandelt werden kann.

Dieses Dokument dient ausschließlich Ihrer persönlichen Information. Die Weitergabe oder Übermittlung an Dritte ist nicht gestattet